

H.E. Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Strafvollzugszentrum Lledoners - Katalonien, 17. Dezember 2018

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf eine Situation lenken, die wir im Königreich Spanien für äußerst schwerwiegend halten und die, die Grundsätze, Werte und Prinzipien der Europäischen Union unmittelbar betreffen.

Wir sind neun Personen - die ehemalige Präsident des katalanischen Parlaments, sechs ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung und zwei führende Mitglieder der Zivilgesellschaft, die seit mehr als einem Jahr ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis sitzen. Wir werden der Rebellion beschuldigt, da wir am 1. Oktober letzten Jahres ein friedliches Referendum in Katalonien befürwortet haben.

Die gegen uns eingeleiteten Gerichtsverfahren stellen sehr schwerwiegende Verletzungen unserer Grundrechte dar, unter anderem das Recht der Unschuldsvermutung, das Recht auf Freizügigkeit und frei Meinungsäußerung, das Recht auf politische Vertretung und das Recht auf ein Gerichtsverfahren mit all seinen rechtlichen Garantien.

Eine der schwerwiegendsten Folgen in dieser Situation ist die rechtliche Blockade, die uns das spanische Verfassungsgericht auferlegt hat. Dies geschieht durch unangemessene und illegale Verzögerung der Freigabe unserer Rechtsmittelforderungen und somit auch der Zugang zur europäischen Justiz und Rechtsprechung. Die spanische Gesetzgebung und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts selbst legen eine Frist von höchstens 30 Tagen für die Beilegung von Beschwerden gegen Sicherungsverwahrungsanordnungen und Haftstrafen fest.

Die erste Beschwerde beim Verfassungsgericht wurde am 22. November 2017 eingereicht. Am 1. Dezember 2018, 370 Tage später, hat das spanische

Verfassungsgericht weder reagiert, und erst recht nicht eine Entscheidung über Beschwerde getroffen.

Diese illegale und zutiefst ungerechte Situation hat dazu geführt, dass vier von uns beschlossen haben, am 1. Dezember einen Hungerstreik zu beginnen, um die uns auferlegte Blockade des Zugangs zu europäischen Recht und europäischer Justiz öffentlich zu verurteilen. Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte setzen wir alle Hoffnung auf den Schutz unserer Grundrechte und auf eine unparteiische und unabhängige Justiz.

Die Politisierung der höchsten spanischen Justizbehörden und des Verfassungsgerichts selbst ist auf europäischer Ebene leider ein bekanntes Problem und war Gegenstand wiederholter Empfehlungen des Europarates durch die GRECO-Fraktion, die das Königreich Spanien aufforderte, diese Strukturen, Verhaltensweisen und Verfahren zu ändern. Bekanntlich wurden solche Empfehlungen jedoch bislang nicht erfüllt.

Mit dem Hungerstreik - einer der wenigen friedlichen, politischen Maßnahmen, die aus einem Gefängnis heraus ausgeführt werden können - fühlen wir uns als direkte Befürworter der Prinzipien, Werte und Grundrechte der Europäischen Union.

Dieser Brief hat keine weitere Absicht, als Sie über die sehr ernste Lage zu informieren, von der wir im Europa des 21. Jahrhunderts aufrichtig glauben, dass sie niemals hätte vorkommen dürfen.

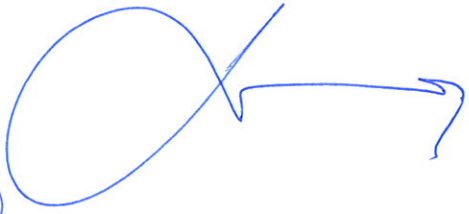
Wir hoffen und wünschen uns sehr, dass wir mit diesem Brief Ihre Aufmerksamkeit erreichen,

Hochachtungsvoll,


Joaquim Forn


Josep Rull


Jordi Sánchez


Jordi Turull